

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Günther Heyenn MdB legt die Folgen des von der Koalition durchgesetzten Gesundheitsreformgesetzes dar: Die sozial Schwachen und Kranken werden abkassiert.

Seite 1

Hans-Joachim Seeler MdEP resümiert in einem Interview den ersten Besuch einer Delegation des Europäischen Parlaments in der DDR: Gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft anstreben.

Seite 3

Rolf Linkohr MdEP faßt die Ergebnisse des Energie-Hearings des Europäischen Parlaments zusammen: Wettbewerb ja, aber keine Rosinenpickerei.

Seite 5

43. Jahrgang / 226

25. November 1988

Die sozial Schwachen und Kranken werden abkassiert

Feststellungen zum von der Koalition durchgesetzten Gesundheitsreformgesetz

Von Günther Heyenn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Das heute im Bundestag mit den Stimmen der Koalition verabschiedete Gesundheitsreformgesetz entspricht nicht den tatsächlichen Erfordernissen einer Reform des Gesundheitswesens, da gesundheitspolitische Probleme nicht angepackt werden. Dieses Gesetz ist vielmehr ein Kostendämpfungsgesetz zu Lasten der Versicherten. Von dem anfangs propagierten Sozialbeitrag der Pharma-Industrie ist keine Rede mehr. Die Anbieter von Gesundheitsleistungen bleiben weitgehend verschont, stattdessen werden die Patienten in erheblichem Maße zur Kasse gebeten, wie die folgende Aufzählung beispielhaft zeigt.

- Bisher mußte der Versicherte „nur“ 40 Prozent der zahntechnischen Leistungen bezahlen. Nach dem Gesundheitsreformgesetz wird er sowohl von den zahntechnischen als auch zahnärztlichen Leistungen 50 Prozent selbst tragen müssen, was einer Belastungssteigerung von über 50 Prozent entspricht. Bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Behandlungen wird das Kostenerstattungsprinzip eingeführt.
- Beim Krankenhausaufenthalt wird die Selbstbeteiligung erhöht von fünf DM auf zehn DM pro Tag für die ersten 14 Tage des Aufenthalts.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Know-how Drucken
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



- Die Rezeptgebühr für Medikamente soll für eine Übergangszeit bis Ende 1991 von zwei DM auf drei DM erhöht werden. Sie soll anfangs für alle, später nur noch für Medikamente bezahlt werden, für die es keine Festbeträge gibt. Ab 1992 ist für festbetragslose Medikamente eine Selbstbeteiligung von 15 Prozent, höchstens aber 15 DM pro Medikament zu zahlen. Bis Mitte des nächsten Jahres sollen für Medikamente mit gleicher Zusammensetzung, die verschiedene Firmen zu unterschiedlichen Preisen anbieten, Festbeträge festgelegt werden, die von den Kassen getragen werden. Dies wird ungefähr auf ein Drittel der Medikamente zutreffen.
- Auch bei den Heil- und Hilfsmitteln wird die Selbstbeteiligung kräftig erhöht. Die Zuschüsse für Brillen werden etwa halbiert.
- auch bei den Fahrtkosten wird die Selbstbeteiligung weiter erhöht. Bei notwendigen Taxifahrten zum Arzt oder ins Krankenhaus sowie in Notfällen bei Rettungsfahrten muß der Patient 20 DM selbst tragen.
- Das bisher durchschnittlich gezahlte Sterbegeld von 3.500 DM wird einheitlich für alle Mitglieder auf 2.100 und für Familienangehörige auf 1.150 DM festgesetzt. Wer nach 1988 in die GKV eintritt, hat keinen Anspruch mehr auf Sterbegeld.
- Durch die von den Krankenkassen zu zahlende Leistung im Pflegebereich, die die stationäre Pflege vollkommen ausklammert, wird die gesamtstaatliche Verantwortung für die Sicherung von Pflegebedürftigkeit abgewälzt auf die Versicherten, die krank sind.
- Der Zuschuß bei offenen Badekuren für die Unterbringung wird von 25 DM auf 15 DM gesenkt. Die Kosten für die Kurtaxe müssen von den Versicherten in vollem Umfang selbst getragen werden. Bedenkt man, daß zu dieser Belastungssteigerung noch höhere Selbstbeteiligungen bei Heilmitteln hinzugerechnet werden müssen, stellt sich die Frage, wer sich überhaupt noch offene Badekuren leisten kann. Der Heilbäderverband Schleswig-Holstein rechnet damit, daß die Kuren um mehr als 50 Prozent zurückgehen werden. Neben dem gesundheitspolitischen Aspekt hat dies erhebliche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen.

Die SPD ist entschieden gegen dieses Abkassierungsmodell, das Kosteneinsparungen zu Lasten von chronisch Kranken, Schwerbehinderten, älteren Menschen und einkommensschwachen Versicherten vorsieht.

(-/25.11.1988/rs/ks)

* * *

Interview

Hans-Joachim Seeler: Gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft anstreben

Unter Vorsitz von Hans-Joachim Seeler (SPD-MdEP) besuchte eine offizielle Delegation des Europäischen Parlaments vom 20. bis 24. November die DDR. Der Delegation gehörten zehn Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen des Europäischen Parlaments an. In einem Interview mit dem SPD-Pressedienst schildert Hans-Joachim Seeler seine Eindrücke und resümiert die Gespräche, die im Rahmen des ersten Interparlamentarischen Treffens des Europäischen Parlaments mit der Volkskammer der DDR auch mit der Regierungsspitze des anderen deutschen Staates geführt wurden.

F r a g e: Herr Dr. Seeler, Sie kommen soeben von der ersten Delegationsreise des Europäischen Parlaments aus der DDR zurück. Könnten Sie das Ergebnis Ihrer Gespräche, die Sie vom 20. bis 24. November führten, skizzieren?

Hans-Joachim Seeler: Ein konkretes Ergebnis zu erreichen, war nicht Ziel und Zweck unserer Reise, schließlich war dies der erste offizielle Besuch einer Delegation des Parlaments in einem RGW-Mitgliedsstaat nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Freilich waren wir alle überrascht von der Bedeutung, die man unserem Besuch in Ostberlin und in Dresden beigemessen hat. Das kam nicht nur darin zum Ausdruck, daß uns der Vorsitzende des Ministerrats, Herr Stoph, der Parlamentspräsident, Herr Sindermann, der Außenminister, Herr Fischer, und andere Persönlichkeiten zu langen Gesprächen, die bis zu zwei Stunden dauerten, empfangen hatten. Sondern es wurde auch darin dokumentiert, daß die Zeitungen, wie etwa das „Neue Deutschland“ oder die „Berliner Zeitung“, auf der ersten Seite mit großen Aufmachern über diesen Besuch der Delegation berichteten. Die DDR hat also sichtlich ein großes Interesse daran, die Verbindungen, die ja zunächst nur auf parlamentarischer Ebene zwischen der Volkskammer und dem Europaparlament geknüpft worden sind, zu nutzen und auch in Zukunft auszubauen.

F r a g e: Könnten Sie darlegen, in welchem Umfang es dabei um politische und in welchem Umfang es um ökonomische sowie soziale Aspekte ging?

Hans-Joachim Seeler: Die Hauptthemen unserer Gespräche waren in erster Linie die Wirtschaftsbeziehungen. Da laufen ja zur Zeit Verhandlungen über einen Handelsvertrag der EG mit der DDR. Es standen also Wirtschaftsfragen im Mittelpunkt, und hier eben Fragen, die eigentlich mehr oder weniger stark alle RGW-Mitgliedsstaaten im Augenblick beschäftigen; konkreter gesagt: die Probleme, die sie haben mit ihrer Wirtschaft, mit der Exportfähigkeit, mit der Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren auf den westlichen Märkten. Hier ist die DDR ja noch im Verhältnis zu anderen RGW-Staaten relativ weit und relativ gut industrialisiert.

F r a g e: Sie haben sicher auch über den Binnenmarkt und die Konsequenzen für den Handel mit den RGW-Staaten gesprochen...

Hans-Joachim Seeler: Dies war der zweite Themenkreis, über den wir gesprochen haben. Es ging um die Frage der Zukunft der europäischen Gemeinschaft, die Frage der Entwicklung des Binnenmarktes und die Auswirkungen auf die nicht zur EG gehörenden europäischen Staaten einschließlich der RGW-Staaten. Hier haben wir immer wieder und zwar sehr deutlich, gesagt, daß der Binnenmarkt keinesfalls dazu führen darf, daß sich die Europäische Gemeinschaft nach außen wirtschaftlich abschottet. Natürlich kam in diesem Zusammenhang auch die Frage des innerdeutschen Handels, und auch diesbezüglich haben wir deutlich gemacht, daß der innerdeutsche Handel eben eine innerdeutsche Angelegenheit ist, die ja weder von den EG-Verträgen berührt wird, noch von der Entwicklung der EG zum Binnenmarkt berührt werden darf und wird.

F r a g e: Sprachen Sie auch über allgemeine politische Themen?

Hans-Joachim Seeler: Der dritte Themenkreis waren die Menschenrechte. Hier war ich doch erstaunt über die Empfindlichkeit der anderen Seite. Ich habe zum Beispiel Herrn Stoph gefragt, warum man den Vertrieb der russischen Zeitschrift „Sputnik“ verboten habe. Er wurde fast ungehalten darüber, daß ich mich in innere Angelegenheiten der DDR einmische und warf seinerseits die Frage auf, warum die Bundesrepublik die Asylanten so behandle, wie das in der Presse berichtet werde. Ich habe vorgetragen, dies sei in erster Linie ja wohl wiederum eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik; ich sei freilich - anders als er - durchaus bereit, diese Probleme zu erörtern, ohne dies als Einmischung zu empfinden. Ich sehe in einer Frage, die man zu einem Problem stellt, nicht schon eine Einmischung, sondern ich sehe eine Frage als ein Instrument auch des Kontaktes zwischen beiden Seiten an. Insgesamt wurde deutlich, daß sich dort, in der DDR, doch ein Generationswechsel abzeichnet. Die führenden Persönlichkeiten, die ja alle über 70 sind, sind offensichtlich nur schwer im Stande, mit der Entwicklung in Europa Schritt zu halten. Dies ist nicht als Kritik zu verstehen, sondern einfach als eine Feststellung, die dem Umstand Rechnung trägt, daß sie in einer ganz anderen Zeit geprägt worden sind als die mittlere Generation, die jetzt über all in die Führungspositionen hineinwächst.

F r a g e: Sehen Sie im Zusammenhang mit dieser Kontaktaufnahme zwischen Europäischem Parlament und DDR, aber darüber hinaus den Bestrebungen zwischen EG und RGW multi- wie bilateral Beziehungen herzustellen, einen Weg den Ost-West-Gegensatz zu überwälzen, mit dem Ziel, die klassische Sicherheitspolitik letztlich zur Marginalie werden zu lassen - angesichts des Geflechts der gegenseitigen Zusammenarbeit, die die Konfrontation durch die Kooperation ersetzt?

Hans-Joachim Seeler: Ich habe, weil natürlich Sicherheitsfragen in allen Gesprächen auf die Tagesordnung kamen von beiden Seiten, formuliert, „wer miteinander redet, der schießt nicht aufeinander“. Das heißt, wir haben, und da war keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Teilnehmern aus dem Europäischen Parlament, wir haben ganz deutlich gesagt, daß wir unsere Aufgabe auch darin sehen, eine gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft zu entwickeln, und damit dazu beizutragen, daß die Europäische Gemeinschaft eben nicht zum Konflikt- und Schlachtfeld zwischen den beiden Seiten in Europa wird. Auch die DDR scheint mit Nachdruck, vielleicht sogar noch viel intensiver als die Sowjetunion eine ausbalancierte Abrüstung mit dem Ziel der Angriffsunfähigkeit auf beiden Seiten anzustreben. In diesem Zusammenhang wurde von unserer Delegation auch sehr deutlich gesagt, warum denn in der DDR - entgegen deren Abrüstungs-Beteuerungen - noch Armeen stationiert seien, deren strategische Position eindeutig angriffsorientiert ist. Dies wurde von der anderen Seite bestritten. Wir haben das nicht vertieft; wir sind schließlich keine Militärfachleute und das gehört auch nicht zu den Aufgaben des Europäischen Parlaments. Generell kann man hier sagen, daß die Gespräche dazu beitragen sollen, eben auch gesamteuropäische Lösungen für gesamteuropäische Probleme zu suchen.

F r a g e: Wie wird es nach diesem Auftakt konkret weitergehen, gibt es da schon Abmachungen?

Hans-Joachim Seeler: Das nächste, was in Bezug EG-DDR wohl kommen wird, ist der Abschluß eines Handelsvertrages. Und dieser Handelsvertrag wird dann auch im Europäischen Parlament beraten und behandelt werden. Ich gehe eigentlich davon aus, daß die Kontakte weiter entwickelt werden, daß also als nächstes nach der Europawahl im kommenden Sommer dann eine Parlamentarierdelegation aus der DDR auch nach Brüssel kommen wird und daß man dann konkrete Gesprächspunkte in regelmäßigen Kontakten behandelt. Es hat sich gezeigt, daß der Besuch einer Delegation der DDR in Straßburg und die Visite einer Delegation der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments unter Leitung ihres Vorsitzenden, Rudi Arndt, in Ostberlin das Gesprächsklima und auch die Offenheit wesentlich gefördert haben. Man kannte sich schon, man begrüßte sich als bereits miteinander bekannt, und das erleichtert natürlich den Dialog. Die Delegation, die ich in Ostberlin geleitet habe, hat ja als nächste Aufgabe, den Kontakt zum polnischen Parlament in Warschau und zum tschechoslowakischen Parlament in Prag herzustellen. Das sind unsere nächsten Ziele auf diesem Gebiet.

Interview: Rudolf Schwinn

Wettbewerb ja, aber keine Rosinenpickerei

Ein Resümee des Energie-Hearings des Europäischen Parlaments

Von Rolf Linkohr MdEP

Forschungs- und energiepolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Für den Energie-Binnenmarkt und Wettbewerb zwischen den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, aber gegen Rosinenpickerei haben sich die Vertreter der europäischen Elektrizitätswirtschaft bei der zweitägigen Anhörung über „Energie und Binnenmarkt 1992“ ausgesprochen. Die Anhörung war am 22. und 23. November vom Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments in Brüssel veranstaltet worden.

Auch nach dem Willen der französischen Elektrizitätswirtschaft EDF soll nicht zugelassen werden, daß jeder Großunternehmer seine Energie ab 1993 dort kaufen kann, wo er will. Für dieses Prinzip setzt sich die französische Regierung ein. Im Gegensatz dazu möchte man es bei der bisherigen Struktur der Elektrizitätsversorgung lassen, die auf Gebietsmonopolen aufbaut. Das von der französischen Regierung geforderte Prinzip ist nach Einschätzung der EVU's weder kostengünstiger noch erhöht es die Versorgungssicherheit.

Offenbar geworden sind Interessenkonflikte zwischen der französischen Regierung und EDF. Während die französische Regierung unter dem Druck steht, das große Handelsbilanzdefizit - in diesem Jahr 35 Milliarden Francs, davon fast die Hälfte mit der BRD - abzubauen, will die EDF es sich anscheinend nicht mit den europäischen Unternehmen und Kollegen verderben. Abgelehnt worden ist auch die Idee einer „Common Carrier“, wonach jeder seine Energie durch das Elektrizitätsnetz leiten kann. Die Anhörung hat im übrigen deutlich gezeigt, wenn man über mehr Wettbewerb bei Energie spricht, ist das Hauptproblem der Strom, obgleich es auch bei Öl, Gas und Kohle gewisse Probleme gibt.

Bei allen Energieträgern jedoch geht es auch um Handelspolitik, insbesondere bei dem Export von Nuklearanlagen kann sich die Frage stellen, wie soll die Exportpolitik gehandhabt werden - liberal

oder restriktiv? Und grundsätzlicher: was bleibt nach einer weitgehenden Harmonisierung im Energiebereich an Handlungsspielraum?

Hier geht es schließlich um das Demokratieverständnis, denn zu fragen ist: Was will man harmonisieren, wenn Italien in einem Referendum die Kernenergie ablehnt, in Frankreich aber ein großer Konsens in Bezug auf Kernenergie weiterbesteht?

Einigkeit hat bei der Anhörung darüber bestanden, daß die Regeln der Gemeinschaft angewandt werden müssen, daß also die Steuern und Abgaben harmonisiert werden, öffentliche Ausschreibungen im Energiebereich stattfinden müssen und die Mitgliedsstaaten im Außenhandel gemeinsam auftreten.

Wie dies im Einzelnen aussehen soll, konnte beim Hearing nicht geklärt werden. Mit einiger Spannung erwartet man deshalb die Vorlagen der EG-Kommission, die für 1989 angekündigt sind.

Im Zusammenhang mit den Problemen der Preisbildung und Kostentransparenz beim künftigen Binnenmarkt für Energie muß vor allem die Frage gelöst werden, was sind die Kosten, werden zum Beispiel die sozialen oder ökologischen Kosten von Energiesystemen berücksichtigt. Hier ist insbesondere die Kommission gefordert. Sie kann nicht mehr Wettbewerb verlangen, wenn die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln. Voraussichtlich im Frühjahr 1989 werde ich dem Europäischen Parlament einen Bericht zum Thema Energie-Binnenmarkt vorlegen. Dieser wird auch auf die Fragen der Preisbildung unter Einbeziehung der langfristigen sozialen und ökologischen Kosten eingehen.

(-/25.11.1988/rs/ks)

* * *